Bericht zur Erfassung von Sozialhilfegesuchen von EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern mit kurzem Aufenthalt in der Schweiz

Zusammenfassung
Vom 1. Juli bis zum 30. November 2013 erfassten 31 Städte und Regionen, wie viele Sozialhilfegesuche von EU-Angehörigen eingingen, die sich seit weniger als einem Jahr in der Schweiz aufhielten. Die Umfrage, die von den Sozialämtern zu internen Zwecken durchgeführt worden ist, förderte keine Indizien für eine «Einwanderung in die Sozialhilfe» zutage. Aufgrund von Unterschieden in der Erfassung sind die Zahlen zwischen den Städten nicht vergleichbar und werden nicht einzeln ausgewiesen.

Ausgangslage
In der politischen Debatte um die Personenfreizügigkeit wird immer wieder der Verdacht einer «Einwanderung in die Sozialhilfe» erhoben. Die interessierten Städte – zusammengeschlossen in der Städteinitiative Sozialpolitik und der Arbeitsgruppe der Leitenden Angestellten – wollten mittels einer einfachen Erhebung überprüfen, ob dieser Verdacht zutrifft. Ziel war der interne Zweck, gegebenenfalls Massnahmen ergreifen zu können; eine Publikation der Ergebnisse war nicht vorgesehen. Vor diesem Hintergrund lancierte die Arbeitsgruppe der Leitenden Angestellten in Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle der Städteinitiative Sozialpolitik die im Folgenden ausgewertete Erhebung.

Eckwerte der Erfassung
Zwischen dem 1. Juli und dem 30. November 2013 erfassten 31 Städte und Regionen – grosse Städte, aber auch Kleinstädte und einzelne eher ländliche Gemeinden aus der Deutschschweiz und aus der Romandie – , wie viele Sozialhilfegesuche von EU-Bürgerinnen und -Bürgern eingingen, die sich seit weniger als zwölf Monate in der Schweiz aufgehalten hatten.

Der dafür verwendete Raster beinhaltete die folgenden Kategorien:
- Alter des Gesuchstellers
- Nationalität des Gesuchstellers
- Aufenthaltsdauer in der Schweiz (weniger als 6 Monate bzw. 6–12 Monate)
- Branche, in welcher der Gesuchsteller in der Schweiz gearbeitet hatte
- Einreisegrund in die Schweiz
- Ablehnung oder Bewilligung des Gesuchs um Sozialhilfe

Auswertung
Die Auswertung zeigt eindeutig, dass die Gesuche durch die teilnehmenden Städte nicht einheitlich erfasst wurden. Einige Städte erhoben systembedingt nicht die Anzahl der gesamthaft eingereichten, sondern nur die Anzahl der bewilligten Gesuche. Andere erhoben nicht, wie viele Gesuche insgesamt bewilligt wurden oder erfassten als «eingereichte Gesuche» auch blosse mündliche Erkundigungen nach den Voraussetzungen für einen Sozialhilfebezug. In den Kategorien Einreisegrund und Branche fehlten bis zu 40 Prozent der Werte.

Aufgrund dieser Probleme bei der Erfassung sind die Zahlen zwischen den Städten nicht vergleichbar und werden nicht für die einzelnen Städte aufgeführt. Es lassen sich aber auf Basis der auswertbaren Zahlen die folgenden Aussagen machen:

Städteinitiative Sozialpolitik
Geschäftsstelle, c/o Stadt Winterthur, Departement Soziales
Postfach, Lagerhausstrasse 6, 8402 Winterthur
Telefon +41 52 267 59 57, Telefax +41 52 267 63 65
info@staedteinitiative.ch, www.staedteinitiative.ch

- In 12 Städten stellten während der Erfassungsperiode keine EU-Bürgerin und kein EU-Bürger mit Aufenthalt in der Schweiz von weniger als zwölf Monaten ein Sozialhilfegesuch.
- 19 der teilnehmenden Städte/Regionen hatten in den fünf Monaten Gesuche von EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern mit Aufenthalt von weniger als zwölf Monaten zu bearbeiten.
- In den 31 teilnehmenden Städten und Regionen leben insgesamt 1.6 Mio. Einwohnerinnen und Einwohner.
- Die Gesamtzahl an Gesuchen pro Stadt im gesamten Erhebungszeitraum betrug durchschnittlich 4 Gesuche.
- Total stellten 137 EU-Bürgerinnen und EU-Bürger, die sich weniger als 12 Monate in der Schweiz aufhielten, ein Gesuch um Sozialhilfe (gegenüber 7‘100 Sozialhilfegesuchen insgesamt).
- Die Anzahl bewilligter Sozialhilfegesuche von EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern, welche sich zu diesem Zeitpunkt weniger als 12 Monate in der Schweiz aufhielten, betrug 76. Das sind weniger als 1.5 % an allen im Erhebungszeitraum bewilligten Gesuchen um Sozialhilfe.
- Der häufigste Grund für eine Einreise in die Schweiz war ein Arbeitsvertrag.
- Die meistgenannten Branchen waren der Bau- und Dienstleistungsbereich.
- Es zeigten sich keine regionalen Unterschiede.

Fazit
Die Erhebung ergibt keine Indizien für eine «Einwanderung in die Sozialhilfe».

Winterthur, im März 2014

Die Städteinitiative Sozialpolitik ist eine Sektion des Schweizerischen Städteverbandes. Nach aussen vertritt sie die sozialpolitischen Interessen der Städte. Nach innen fördert sie den Austausch unter ihren rund 60 Mitgliedstädten.